

Aktionsbündnis Agrarwende Berlin-Brandenburg

Gute Landwirtschaft. Gutes Essen. Gutes Leben. Für Alle.



Für eine naturverträgliche, regionale und faire Landwirtschaft in Berlin und Brandenburg

Gründungspapier des

Aktionsbündnisses Agrarwende Berlin-Brandenburg

Potsdam, 9. November 2013

Das Aktionsbündnis Agrarwende Berlin-Brandenburg ist ein Zusammenschluss von Verbänden der Landwirtschaft, des Umwelt- und Naturschutzes sowie zivilgesellschaftlicher Organisationen und Initiativen, die für eine naturverträgliche, tiergerechte und soziale Zukunft der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes eintreten.

Gemeinsam setzen wir uns dafür ein, dass die Länder Berlin und Brandenburg ihrer globalen und regionalen Verantwortung gerecht werden: Für eine Landwirtschaft, die mit der Natur arbeitet und nicht gegen sie, für eine Landwirtschaft, mit der die Menschen ein vernünftiges Einkommen erzielen und keine, an der sich wenige bereichern.

Unsere Forderungen lauten:

1. Die Agrar- und Förderpolitik naturverträglich ausrichten
2. Tiere würdevoll behandeln – Massentierhaltung beenden
3. Die ökologische Landwirtschaft gezielt stärken
4. Landgrabbing stoppen – bäuerliche Agrarstrukturen fördern
5. Bäuerlichen Nachwuchs gezielt fördern
6. Schutz der gentechnikfreien Land- und Lebensmittelwirtschaft – kein Patent auf Leben
7. Eigenversorgung mit Eiweißfuttermitteln stärken
8. Imkerei besser fördern
9. Faire Preise – faire Einkommen
10. Förderung einer regionalen Esskultur und einer modernen Verbraucherpolitik

Global denken – lokal handeln: Die Agrarwende beginnt vor Ort

Weltweit produziert die Landwirtschaft genug Lebensmittel für alle Menschen. Trotzdem hungern heute eine Milliarde Menschen, während ein steigender Anteil der Welternte als Tierfutter oder Treibstoff dient und in den Industrieländern fast die Hälfte aller Lebensmittel im Müll landet. Der Weltagrарbericht der Vereinten Nationen spricht eine deutliche Sprache: Langfristig garantiert nur eine ökologische und bäuerliche Landwirtschaft das Menschenrecht auf angemessene Ernährung. Die Agrarpolitik muss dieser Erkenntnis endlich Rechnung tragen.

Das ursprüngliche Ziel der EU-Agrarpolitik war Nahrungssicherheit zu bezahlbaren Preisen und ein existenzsicherndes Einkommen für die Bäuerinnen und Bauern. Doch heute stiftet die EU-Agrarpolitik mehr Schaden als Nutzen: Überschüsse und Verschwendung, ökologische und soziale Zerstörung, Höfesterben und Verödung ländlicher Regionen.

Europas Landwirtschaft funktioniert nur aufgrund enormer Importe von Rohstoffen und Energie. Eine Landwirtschaft, die derart viele Ressourcen verschwendet, taugt nicht als Vorbild für die Welt. Ein Teil unserer Agrarüberschüsse landet als Billigexport in aller Welt, zerstört dort regionale Märkte und raubt den Bäuerinnen und Bauern vor Ort die Existenzgrundlage. Die industrielle Fleischproduktion verbraucht jährlich Millionen Tonnen meist gentechnisch verändertes Futtersoja, das in den Herkunftsländern mit katastrophalen Folgen für Gesellschaft und Umwelt produziert wird.

Auch in Brandenburg vollzieht sich ein radikaler Strukturwandel auf dem Land. Immer häufiger werden Anlagen zur Massentierhaltung beantragt oder genehmigt. Angeheizt von einer verfehlten Bodenpolitik explodieren seit Jahren die Preise für Agrarland. Immer mehr Flächen geraten in die Hände außerlandwirtschaftlicher Investoren. Auf unseren Feldern landen immer mehr Pestizide und hochgiftige Gülle aus der Massentierhaltung. Das Artensterben in der Agrarlandschaft zählt längst zu unseren größten Umweltproblemen.

All das zahlen wir mit unseren Steuergeldern. Die Agrarpolitik in Europa, Deutschland sowie in Berlin und Brandenburg fördert agrarindustrielle Strukturen und die Massentierhaltung. Die Subventionen für die Landwirtschaft werden zum Nachteil der bäuerlichen Landwirtschaft verteilt, wenige Agrar- und Großhandelskonzerne diktieren die Märkte und Preise. Diese Politik ist volkswirtschaftlich unsinnig, global ungerecht, umweltschädlich und ethisch durch nichts zu rechtfertigen.

Diese Agrarpolitik ist nicht alternativlos. Wir verfügen über das Wissen, die Technik und das Geld für eine Landwirtschaft, die den Menschen, den Tieren, der Umwelt und den ländlichen Regionen gerecht wird. Was fehlt, ist der politische Wille zum Handeln.

Unser Leitbild: Eine naturverträgliche, regionale und faire Landwirtschaft

Landwirtschaft war und ist mehr als die Erzeugung von Lebensmitteln. Sie soll unsere einzigartigen Kulturlandschaften erhalten, die natürlichen Ressourcen und die biologische Vielfalt schützen, das gesellschaftliche Leben auf dem Land fördern und sinnvolle Arbeit schaffen, von der die Menschen leben können. Um diese Aufgaben zu erfüllen, müssen die Bäuerinnen und Bauern und die handwerklichen Lebensmittelverarbeiter einen angemessenen Lohn für ihre Arbeit bekommen. Die Politik muss vielfältige, bäuerliche Betriebe fördern, die für regionale Märkte produzieren. Eine umwelt- und sozialverträgliche Landwirtschaft muss sich wieder lohnen. Nur so schaffen wir Wertschöpfung auf dem Land und lebendige Dörfer mit Perspektiven für Jung und Alt.

Brandenburg liegt seit vielen Jahren – aktuell mit fast 11 Prozent Flächenanteil – an der Spitze beim Ökolandbau. Berlin ist einer der wichtigsten Märkte für Bio-Produkte, mit steigender Nachfrage. Bio & regional gehört die Zukunft. Doch schon heute kann der Bedarf nur zu etwa 15 Prozent aus der Region bedient werden. Diesen Anteil weiter zu steigern, bietet enorme Chancen für eine wirklich nachhaltige Entwicklung der ländlichen Regionen Brandenburgs. Denn der ökologische Landbau entspricht in besonderer Weise den Herausforderungen unserer Zeit. Er orientiert sich an natürlichen Kreisläufen und artgerechter Tierhaltung. Damit trägt der Ökolandbau besonders dazu bei, die Bodenfruchtbarkeit, das Klima, unser Trinkwasser und die Artenvielfalt zu erhalten. Diese nachhaltige Form der Landwirtschaft muss gezielt gestärkt werden.

Darüber hinaus wird unsere Landwirtschaft insgesamt naturverträglicher, wenn die Politik jene belohnt, die gesellschaftlich erwünschte Leistungen erbringen und jene zur Kasse bittet, die Schäden auf Kosten des Gemeinwohls verursachen. Dies würde es den VerbraucherInnen erleichtern, sich für Lebensmittel aus bäuerlicher und ökologischer Herkunft zu entscheiden.

Unsere wichtigsten Forderungen lauten deshalb:

• Die Agrar- und Förderpolitik naturverträglich ausrichten

Das Prinzip der Agrarförderung muss lauten: Öffentliches Geld für öffentliche Leistungen! Berlin und Brandenburg müssen auf allen politischen Ebenen dafür eintreten, dieses Prinzip anzuwenden und Mittel für die ländliche Entwicklung und Agrarumweltmaßnahmen umzuwidmen.

Die „Gute fachliche Praxis“ hat sich als Regelwerk einer nachhaltigen Landwirtschaft nicht bewährt. Sie muss daher an die aktuellen Herausforderungen angepasst, konkreter formuliert und als verbindlicher Grundkonsens landwirtschaftlicher Praxis durchgesetzt werden. Agrarumweltprogramme dürfen nur noch fördern, was über die Standards der „Guten fachlichen Praxis“ hinaus geht und tatsächlich einen Mehrwert für Gesellschaft und Umwelt schafft. Notwendig sind wirksame Programme für mehr Biodiversität in der Agrarlandlandschaft sowie zur Förderung der Imkerei mit ihren Leistungen für die Landwirtschaft und den Naturschutz. Neben der Ausweitung des Ökolandbaus mit seinen besonderen Leistungen für den Naturschutz fordern wir mehr integrative Maßnahmen. So soll die Kooperation zwischen Naturschutz und Landwirtschaft besser gefördert werden, vor allem für Projekte des produktionsintegrierten Naturschutzes.

Wir fordern einen verbindlichen Aktionsplan, um den Einsatz von Agrochemikalien sowie die Stickstoffbelastung unserer Böden und Gewässer deutlich zu senken. Zusätzlich muss es neue Agrarumweltprogramme zur Weiterbildung und Beratung in der Landwirtschaft geben, die sich an den von der EU definierten „neuen Herausforderungen“ (Klima, Wasser, Boden, Luft) ausrichten. Die Länder Berlin und Brandenburg fordern wir auf, im Bundesrat eine Initiative zur Besteuerung von Pestiziden nach dänischem Vorbild zu starten.

• Tiere würdevoll behandeln: Massentierhaltung beenden!

Brandenburg und Berlin müssen sich für ein Tierschutzgesetz stark machen, das konkrete Obergrenzen für Nutztierbestände festlegt, das die Haltungsbedingungen für die Tiere deutlich verbessert und Tiertransporte reduziert. Agrarinvestitionen für Anlagen der Massentierhaltung müssen gestrichen und regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen wieder aufgebaut werden.

Anlagen zu einer nicht flächengebundenen Tierhaltung, für die eine Umweltverträglichkeitsprüfung oder eine Genehmigung nach Bundesimmissionsschutz-Gesetz erforderlich ist, sind vom Bauprivileg auszuschließen. Die Grenzwerte im Bundesimmissionsschutz-Gesetz müssen ebenso gesenkt werden wie der ausufernde Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung.

Trotz aller Gesetze und Verordnungen bleiben die Rechte der Tiere zu oft auf der Strecke. Deshalb fordern wir ein Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzverbände.

• Die ökologische Landwirtschaft gezielt stärken

Wir fordern eine umfassende Strategie zum Ausbau der ökologischen Landwirtschaft in Berlin und Brandenburg. Dazu gehört insbesondere ein verlässlicher und verbesserter Förderrahmen. Vor allem brauchen wir langfristig angelegte Programme zur gezielten Investitionsförderung entlang der gesamten Wertschöpfungskette, insbesondere in der Verarbeitung und Vermarktung.

Die Produktivität im Ökolandbau kann weiter erhöht werden, ohne dessen positive Wirkungen für den Umwelt- und Tierschutz zu gefährden. Dazu bedarf es einer gezielten Förderung der Forschungslandschaft für den Ökolandbau und eines besseren Wissenstransfers.

• Landgrabbing stoppen – bäuerliche Agrarstrukturen fördern

Wir fordern neue Kriterien für den Umgang mit den Agrarflächen, die durch die Bodenverwertungs- und Verwaltungsgesellschaft des Bundes (BVVG) privatisiert werden. Der Verkauf der Flächen zum Höchstgebot fördert eine schädliche Flächenkonzentration und die Agrarindustrie. Brandenburg muss eine Agrarstrukturpolitik betreiben, die gezielt eine naturverträgliche, bäuerliche und regionale verankerte Landwirtschaft fördert. Wir fordern mehr Transparenz bei der Bodenvergabe, insbesondere eine verschärfte Anzeigenpflicht bei Landverkäufen und Neuverpachtungen sowie mehr Mitspracherechte der Kommunen.

- **Bäuerlichen Nachwuchs gezielt fördern**

Um die Zukunft einer naturverträglichen und bäuerlichen Landwirtschaft zu sichern, brauchen JunglandwirtInnen unbürokratischen Zugang zu Boden, Geld und Beratung. Dafür müssen von der EU bereitgestellte Niederlassungsprämien abgerufen werden. Teile der Investitionsförderung müssen für JunglandwirtInnen reserviert werden und auch für kleinere Investitionen abrufbar sein. Zur Verbesserung des Zugangs zu Land soll Brandenburg einen Flächenpool bereithalten, der gezielt Neugründungen in der bäuerlichen Landwirtschaft unterstützt. Dazu gehört auch die Wiederherstellung geeigneter Hofstellen in Zusammenarbeit mit den Kommunen.

- **Schutz der gentechnikfreien Land- und Lebensmittelwirtschaft - kein Patent auf Leben!**

Anbau und Freisetzung von Gentechnikpflanzen müssen verboten und die finanzielle Unterstützung von Gentechnikprojekten in Forschung oder Wirtschaft aus Steuergeldern gestoppt werden. Stattdessen müssen die Gründung und die Arbeit Gentechnikfreier Regionen, die gentechnikfreie Fütterung und die Züchtung gentechnikfreier und nachbaufähiger Sorten unterstützt werden. Die Vielfalt von Kulturpflanzen ist zu erhalten und zu entwickeln. Saatgutinitiativen und Erhalternetzwerke sind zu fördern.

- **Eigenversorgung mit Eiweißfuttermitteln stärken**

Der Selbstversorgungsgrad mit Eiweißfuttermitteln muss deutlich erhöht werden. In den letzten Jahrzehnten wurde einseitig auf südamerikanisches Soja gesetzt, der Anbau und die Züchtung heimischer Eiweißpflanzen wie Lupinen oder Bohnen kamen praktisch zum Erliegen. Die Folge: In unseren Ställen wird der tropische Regenwald verfüttert. Wir fordern Investitionen in Forschung und Züchtung, damit in Zukunft wieder deutlich mehr heimische Leguminosen angebaut werden.

- **Imkerei besser fördern**

Brandenburgs Imkerinnen und Imker leisten einen unersetzlichen Beitrag für die Landwirtschaft und den Naturschutz. Pestizide und Monokulturen gefährden die Vitalität aller Insekten. Die Bienenhaltung muss viel besser als heute unterstützt werden, vor allem fordern wir spezielle Agrarumweltprogramme für mehr Blühstreifen und zur Förderung von Imkernachwuchs.

- **Faire Preise – faire Einkommen!**

Wir brauchen eine am Bedarf orientierte, nachhaltige, qualitativ hochwertige und regionale Lebensmittelerzeugung. Hierzu müssen den ErzeugerInnen faire und kostendeckende Preise bezahlt werden.

In der Land- und Lebensmittelwirtschaft darf es keine Ausbeutung der ArbeiterInnen geben. Wir fordern Mindestlöhne und eine Erhöhung staatlicher Leistungen zur sozialen Grundsicherung auf ein Niveau, das keinen Druck zum Konsum von Billigstangeboten aufbaut.

- **Förderung einer regionalen Esskultur und einer modernen Verbraucherpolitik!**

Die Agrarwende gibt es nur mit selbstbewussten VerbraucherInnen. Eine umwelt- und gesundheitsbewusste Ernährung lässt sich nicht verordnen, sie kann nur im gesellschaftlichen Dialog, durch Bildung und Aufklärung wachsen. Die Landesregierungen in Berlin und Brandenburg sind gefordert, diesen Prozess aktiv zu fördern. Die Länder müssen entschieden gegen irreführende Werbung und für eine klare Deklaration von Lebensmitteln eintreten. Der Kahlschlag bei den Verbraucherzentralen muss gestoppt werden. In Schulen und Kitas muss das Thema Ernährung stärker in Bildungskonzepte integriert werden. Dazu fordern wir ein Programm zur Förderung von Schulbauernhöfen, Schulgärten und Schulküchen, in denen vor allem ökologische und regionale Produkte verarbeitet werden.

+++++

Unsere Landwirtschaft blüht bunt!

Das Aktionsbündnis Agrarwende Berlin-Brandenburg ist unabhängig, parteipolitisch neutral und überkonfessionell. Wir sind offen für alle, die gemeinsam mit uns für eine soziale und naturverträgliche Landwirtschaft in unserer Region streiten wollen. Intolerant sind wir gegenüber rechtsradikalem Gedankengut. Nazis sollen sich vom Acker machen!

Aktionsbündnis Agrarwende Berlin-Brandenburg Bündnispartner:



Bürgerinitiative
Kontraindustrieschwein
Haßleben

Bürgerinitiative
gegen verseuchte Felder
Uckermark

Bürgerinitiative
"Keine Schweinemastanlage
in Klausdorf"

Bürgerinitiative
Gumtow gegen Tierfabrik

Bürgerinitiative
Pro Oderbruch

Bürgerinitiative
Schweinewind

Bürgerinitiative
Keine Hähnchenmast
in Hohenstein (MOL)

